

Zeitenwende

Die Frühjahrsession wurde durch die Abstimmung über die Zweitwohnungsinitiative überschattet. Das war zwar kein Parlamentsgeschäft. Auf der Traktandenliste standen andere Vorlagen, die nun aber im Zusammenhang damit zu sehen sind.

So ist die Revision des Raumplanungsgesetzes mit wenigen Differenzen unter Dach und Fach. Wir mussten dabei einige Kompromisse eingehen, um einen wirkungsvollen Gegenvorschlag zur viel radikaleren Landschaftsinitiative zu erhalten. Unter anderem bringt das neue Gesetz eine Mehrwertabschöpfung von 20 Prozent. Das bedeutet: Jene, die neues, wertvolleres Bauland erhalten, leisten einen Beitrag, um jene zu entschädigen, deren Boden durch Auszoning an Wert verliert. Und genau dies dürfte wegen der Zweitwohnungsinitiative nun vermehrt der Fall werden. Zumal auch kein Bauland mehr über den Bedarf für die nächsten 15 Jahre hinaus eingeplant werden darf. Allerdings ist nun der Bund mitverantwortlich für die Entschädigung der Bodenbesitzer. Hier werden wir ihn packen.

Strukturwandel mit Brachialgewalt

Tatsache ist: Der Strukturwandel im Tourismus wird nun auf eine recht brutale Art durchgedrückt; wir müssen somit eine unserer wichtigsten Wirtschaftssäulen im Wallis rasch neu überdenken. Das Verständnis für die zurzeit nicht gerade auf Rosen gebetete Branche ist leider eher ge-

ring. Beide Räte wischten die vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer für Hotel- und Gastrobetriebe vom Tisch. Man muss sich unter diesen Umständen fragen, ob das oft genannte Vorbild der Österreicher mit tiefen Zweitwohnungsquoten für uns realistisch ist. Denn dieser Weg ist stark mit staatlicher Unterstützung gepflastert.

Auf alle Fälle müssen wir zuerst einiges umbauen, bis wir dieselbe Richtung einschlagen können. Das wird ein sehr steiniger Prozess. Bevor wir ihn beginnen können, sind noch viele offene Fragen zu beantworten. Genau dazu habe ich meine dringliche Interpellation eingereicht: Wir müssen das UVEK zwingen, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative prioritär festzulegen. Und zwar so, dass der beschleunigte Strukturwandel in verdaubaren Schritten möglich ist. Der Bund ist in die Pflicht zu nehmen, um die grössten Auswirkungen auf Wirtschaft und Bevölkerung abzufedern.

Wir können aber nicht Einfluss nehmen, wenn wir nur trotzen. Populistische Drohgebärden in Richtung Bern sind kontraproduktiv. Gefragt ist vielmehr ein besonnenes und pragmatisches Vorgehen der Walliser Politiker, zusammen mit den Vertretern der anderen betroffenen Kantone. Wir brauchen eine rasche Auslegeordnung durch den Staatsrat und Lösungen, wie der Strukturwandel im Wallis selber angepackt werden kann. Es schadet uns in Bern und mindert unseren Einfluss, wenn diese

Hausaufgaben nicht gemacht sind.

Energiewende in Schritten

Ein anderes Feld, auf dem wir rasch, aber sorgfältig und ohne den Überblick zu verlieren vorwärtsmachen müssen, ist die Energiepolitik. Nachdem nun möglicherweise das KKW Mühleberg früher als erwartet vom Netz geht, hat die Förderung der erneuerbaren Energien noch mehr Schub erhalten. Wir haben den Bundesrat beauftragt, die gesetzliche Voraussetzung für den Ausbau der Pumpspeicherkraftwerke zu schaffen. Diese Anlagen sind für die Energiespeicherung und für den Einfluss der Schweiz im europäischen Stromverbund wichtig. Auch sollen Windkraftwerke in Waldgebieten gebaut werden dürfen. Das ist heute wegen des Waldschutzes nicht möglich. Solche Standorte dürfen aber in Zukunft nicht ausgeschlossen werden, wenn sie für die Stromproduktion geeignet sind. Zudem haben wir den Bundesrat verpflichtet, die Grundlage für die Stromproduktion mittels Tiefengeothermie zu schaffen. Mit dieser Technologie sollte es möglich sein, Bandenergie zu erzeugen, die rund um die Uhr den Grundbedarf deckt. Etwas, wofür heute die KKW zuständig sind. Die Tiefen-Geothermie ist auch eine interessante Perspektive für das Wallis.

Datenhehlerei unter Strafe

Während bei den Energievorlagen weitgehend Einigkeit herrschte – ausser mit der SVP, die sich schon beinahe notorisch

allem widersetzte, was Sinn macht, – war die Sondersession zur Unabhängigkeit der Nationalbank emotional stärker geladen. Auch hier markierte die SVP den Ausreisser. Die Integrität und die Unabhängigkeit der Nationalbank sind zentral für die Glaubwürdigkeit unseres Landes, ohne Zweifel. Weder darf der geringste Makel an den Mitarbeitenden der Nationalbank haften, noch darf sie durch die Politik in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt werden. Das war auch der Grundtenor im Nationalrat. Aber wir haben vor zwei Jahren das Verhalten der baden-württembergischen Behörden kritisiert, die gestohlene Bankdaten von Schweizer Banken gekauft haben. Das war Hehlerei. Wir haben jetzt einen Fall, in dem Schweizer Politiker der SVP unrechtmässig erworbene Bankdaten annahmen, um die Nationalbank unter Druck zu setzen. Auch das ist Hehlerei. Das Strafrecht stellt aber zurzeit nur die Entgegennahme und Weitergabe einer unrechtmässig erworbenen «Sache» unter Strafe. Das muss auch für Bankdaten oder Bankkonto-Informationen gelten, und genau das verlange ich in einer neuen Motion. Witzig am Rande: Ausgerechnet Kollege Blocher hat bereits Zustimmung dazu geäussert. Ironie oder der erste Schritt zur Läuterung...?



Nationalrätin Viola Amherd